

Vorwort zur Dokumentation: Die Flucht und Vertreibung der Deutschen in Ost-Mitteleuropa sowie politische Publikationen von 1944-1999. Band I-IX

Gerechtigkeit ist eine Maschine, die sich von selbst bewegt, sobald man sie einmal angestoßen hat.

John Galsworthy (1867-1933, englischer Schriftsteller)

In diesem Dokumentarbericht über die Katastrophen der Reichs- und Volksdeutschen in Ost-Mitteleuropa geht es vor allem um die Erinnerung an verdrängte Tatsachen und die Hintergründe von entsetzlichen Verbrechen.

Für die meisten Deutschen ist es sicherlich erstaunlich, aber diese Katastrophen der Reichs- und Volksdeutschen gehören zweifelsfrei zu den bestdokumentierten Episoden der deutschen Geschichte. Das Bundesarchiv Koblenz verfügt z.B. nach jahrzehntelanger Sammlungstätigkeit über außergewöhnlich reichhaltige "Ostdokumentationen". Diese Archivalien sind sowohl quantitativ als auch qualitativ einzigartige Quellen.

Um die Tragödie der Ost- und Volksdeutschen realistisch darzustellen, wurden in erster Linie amtliche Dokumentationen des Bundesministeriums für Vertriebene, Erlebnisberichte der unmittelbar Betroffenen und historische Publikationen verwendet.

Die tragischen Ereignisse wurden nach bestem Wissen und Gewissen schlicht und sachlich geschildert, wie sie damals wirklich geschehen sind. Besonders grauenvolle Schilderungen wurden grundsätzlich nicht berücksichtigt. Dieser Tatsachenbericht ist wahrlich kein angenehmer Lesestoff, denn man wird nicht selten mit den tiefsten Abgründen menschlicher Grausamkeit konfrontiert. Trotz alledem lohnt es sich, diesen qualvollen Leidensweg des deutschen Volkes zu begleiten.

Während der sowjetischen "Befreiungsmission" in Ostdeutschland setzte man 1944/45 erstmalig in der Geschichte der Neuzeit eine reguläre Armee vorsätzlich gegen schutzlose Angehörige (Frauen, Kinder und alte Menschen) des Gegners ein. Nach Stalins Anordnungen hatte jedes weibliche deutsche Wesen den Soldaten der Roten Armee "zur Verfügung" zu stehen. Dieser Stalinbefehl wurde von gefangenen sowjetischen Soldaten und Offizieren ausdrücklich bestätigt (x010/33). Diese neuartige "Kampftaktik" war unfehlbar, denn für einen derartigen "schmutzigen Krieg" gegen Zivilisten benötigte man weder zusätzliche Munition noch Treibstoffe.

Es war eine beschämende Tatsache, daß Stalins Armeeführer das Millionenheer der Roten Armee nicht angemessen überwachten, sondern die aufgehetzten Soldaten völlig straffrei gewähren ließen. Der weitverbreitete Alkoholismus und die absolute Straffreiheit verursachten vielerorts verheerende Befreiungskatastrophen.

Vor allem die sowjetischen Nachschubeinheiten, in denen man überwiegend politische Kaderabteilungen und fanatische Kommunisten, die sogenannten "Stalin-Schüler" einsetzte, führten Stalins Liquidationspolitik befehlsgemäß aus.

Obgleich im Verlauf des deutsch-sowjetischen Ostkrieges nie Gebiete östlich des Urals besetzt wurden, waren es vielfach asiatische Rotarmisten, die mit unfaßbarer Brutalität über die deutsche Zivilbevölkerung herfielen (x025/114).

Dr. Gerhard Reichling (langjähriger Mitarbeiter des Statistischen Bundesamtes, der nach seiner Pensionierung Leiter der wissenschaftlichen Arbeitsstelle der "Deutschen Sektion der Forschungsgesellschaft für das Weltflüchtlingsproblem" wurde) ermittelte zum Themenkomplex "Vergewaltigungsverbrechen" folgende Zahlen (x037/58-60):

Während der Flucht, "Befreiung" und Vertreibung wurden in den ostmitteleuropäischen Vertreibungsgebieten - ohne reichsdeutsche Bombenevakuierete und Dienstverpflichtete - etwa 1.400.000 deutsche Frauen und Mädchen durch Soldaten der Roten Armee vergewaltigt. Etwa

180.000 Opfer kamen um.

In der späteren sowjetischen Besatzungszone - ohne Berliner sowie ohne ostdeutsche Flüchtlinge und Vertriebene - wurden im Verlauf der "Befreiung" etwa 500.000 mitteldeutsche Frauen und Mädchen vergewaltigt. Etwa 50.000 Opfer kamen um.

In Groß-Berlin - ohne ostdeutsche Flüchtlinge und Vertriebene - wurden etwa 100.000 Frauen und Mädchen vergewaltigt. Etwa 10.000 Opfer kamen um.

Den Sexualverbrechen fielen insgesamt mindestens 2.000.000 Frauen und Mädchen zum Opfer - davon kamen etwa 240.000 Opfer um. Diese Gewalttaten verursachten etwa 292.000 Schwangerschaften. Wie viele Kinder abgetrieben wurden oder nach der Geburt starben, konnte nie ermittelt werden.

Der US-Politikwissenschaftler Brzezinski (von 1966-1968 und 1977-1981 Sicherheitsberater der US-Präsidenten Johnson und Carter) berichtete später über die sowjetischen Massenverbrechen (x046/191): >>Hitlers Verbrechen werden immer noch gerecht bestraft. Aber in der Sowjetunion gibt es buchstäblich Tausende von ehemaligen Killern und ehemaligen Folterern, die von offiziellen Pensionen leben und den verschiedenen revolutionären Festlichkeiten, geschmückt mit ihren Medaillen, beiwohnen. ...<<

Bis zur gewaltsamen Vertreibung mußten die verfolgten Deutschen unfaßbare Racheakte und Gewalttaten über sich ergehen lassen. In den Internierungslagern Ost-Mitteleuropas fanden gewöhnlich regelrechte Sklavenmärkte statt. Der Andrang war sehr groß, denn man konnte die deutschen Arbeitssklaven für geringe Geldbeträge ausleihen. Obgleich die deutschen Häftlinge völlig unzureichend ernährt wurden, mußten sie täglich schwere Zwangsarbeiten verrichten. Wer Hunger, Krankheit, Kälte und sonstige Strapazen überlebte, kämpfte täglich verzweifelt, um die schwere Zwangsarbeit oder den harten Lageralltag zu überstehen.

In den Zwangsarbeitslagern für Reichs- und Volksdeutsche wurden häufig die berüchtigten NS-Methoden imitiert. Durch die jahrelange Unterernährung und die unmenschlichen Haftstrapazen wurden Tausende von Reichs- und Volksdeutschen nicht nur physisch, sondern auch psychisch ruiniert.

Nach monatelanger, vielfach sogar jahrelanger Schreckenszeit, in der die rechtlosen deutschen Sklaven unglaubliche Schikanen, schwerste Mißhandlungen, Lagergreuel, harte Zwangsarbeit, Hunger, Krankheiten, Not und hoffnungslose Verelendung überstehen mußten, waren die meisten Ost- und Volksdeutschen sogar froh, als man sie bettelarm aus ihrer Heimat jagte.

Die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa entwickelte sich in den Jahren 1945-1951 zur größten gewaltsamen Vertreibung der Zeitgeschichte. Noch nie wurden bisher derartig riesige Gebiete zwangsentvölkert. Mit der Vertreibung aus Ost-Mitteleuropa wurde die "deutsche Ostsiedlung" Hunderte von Kilometern nach Westen zurückgedrängt. 700 bis 800 Jahre deutsche Siedlungs- und Kulturarbeit gingen abrupt verloren. Sämtliche ostdeutschen Volksstämme verloren ihre Siedlungsgebiete und dadurch ihre eigene Identität. In den deutschen Ostprovinzen und im Sudetenland wurden insgesamt 14.681 deutsche Städte und Gemeinden ausgelöscht.

Der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer berichtete später über das Schicksal der deutschen Vertriebenen (x353/80): >>... Es sind aus den östlichen Teilen Deutschlands, aus Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn usw. nach den von amerikanischer Seite getroffenen Feststellungen insgesamt 13,3 Millionen Deutsche vertrieben worden. 7,3 Millionen sind in der Ostzone und in der Hauptsache in den drei Westzonen angekommen. 6 Millionen Deutsche sind vom Erdboden verschwunden. Sie sind gestorben, verdorben.<<

Die schonungslose Offenlegung von verdrängten Tatsachen soll in erster Linie informieren und das bisherige Schweigen brechen, denn die unfaßbaren Massenverbrechen, die sich während und nach der angeblichen sowjetischen "Befreiungsmission" in Ost-Mitteleuropa ereigneten, wurden bisher bewußt verdrängt.

Der jahrzehntelange Friedenswille der Ost- und Volksdeutschen, die nach dem Zweiten Weltkrieg gewaltsam aus ihrer Heimat vertrieben wurden, zahlte sich nicht aus, denn die Heimatlosigkeit der deutschen Vertriebenen wurde Jahr für Jahr weniger beachtet und geriet fast völlig in Vergessenheit. Da die vertriebenen Ost- und Volksdeutschen irgendwann nicht mehr unter uns sein werden, ist es die Pflicht der Nachkommen, an das unsägliche Schicksal ihrer Vorfahren zu erinnern.

Wenngleich rückhaltlose Tatsachen naturgemäß brutal und vielfach grausam sind, dürfen sie nicht unterschlagen werden, denn die Erinnerung an die Opfer und die Ächtung dieser Verbrechen stellen weiterhin eine fundamentale Herausforderung für alle Deutschen und osteuropäischen Nachbarn dar.

Vor allem die jüngere Generation sollte sich unbedingt über die Tragödie der Ost- und Volksdeutschen informieren, denn nur wer die Geschichte seiner Vorfahren bzw. seines Volkes kennt, steht fest in der Gegenwart und kann die Erhaltung des Friedens und der Freiheit schützen, damit sich ähnliche Katastrophen niemals wiederholen.

Angesichts der ungesühnten Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist es unsere christliche Pflicht, nicht nur nach Versöhnung, sondern auch nach Gerechtigkeit und Wahrheit zu streben. Wir sind es nicht nur den unschuldigen Opfern, sondern auch unserer eigenen Selbstachtung und vor allem den nachfolgenden Generationen schuldig, mindestens die Tatmotive zu erforschen.

Wer eine wirkliche Völkerverständigung anstrebt, ist verpflichtet, sämtliche finsternen Kapitel der Nachkriegszeit konsequent und schonungslos aufzuarbeiten. Wenn man gleichberechtigte Partnerschaften in einem "vereinten Europa" realisieren will, müssen zunächst alle "unbequemen Geschehnisse" der Vergangenheit geklärt werden.

Ohne eine angemessene Aufarbeitung der angeblichen "Befreiung" und "humanen Umsiedlung" der Deutschen wird es keine verbindliche Friedensordnung, keinen dauerhaften Frieden und niemals ein vereintes Europa geben, denn Lügen oder Halbwahrheiten waren noch nie tragende Fundamente für langfristige Freundschaften und politische Bündnisse. Echte Freundschaften und dauerhafte Bündnisse erfordern vor allem Ehrlichkeit und Gerechtigkeit.

Vorwort zur Chronik: Offene Fragen der Geschichte. Band 1-9. Chronik von 500 vor Christus bis 1999

Die zwei obersten Grundsätze der Staatsführung lauten: Was das Volk nicht weiß, macht das Volk nicht heiß. Was man dem Volk dreimal sagt, hält das Volk für wahr.

Heinrich von Kleist (1777-1811, deutscher Dichter)

Um die Tragödie der reichs- und volksdeutschen Siedler in Ost-Mitteleuropa realistisch beurteilen und verstehen zu können, muß man zunächst wissen, wie es in früheren Epochen war und wie sich die Menschheitsgeschichte im Laufe der Jahrhunderte entwickelte.

Die Geschichte der Menschheit zeichnete sich leider mehrheitlich nicht durch Nächsten- und Friedensliebe aus, sondern sie wurde in erster Linie durch gewalttätige Handlungen (kriegerische Eroberungen und Gewaltherrschaft) bestimmt. Fleiß, Friedfertigkeit, Großzügigkeit, Toleranz und andere positive Charaktereigenschaften wurden seit jeher als Dummheit oder Schwäche ausgelegt und gnadenlos ausgenutzt. Schon in der Urzeit erschlugen sich die Menschen gegenseitig, wenn einheimische Sippen oder Stämme ihre überlebenswichtigen Höhlen und Siedlungsräume gegen fremde Eindringlinge verteidigten.

Jeder kämpfte unentwegt gegen jeden ("Homo homini lupus", der "Mensch ist des Menschen Wolf"), um sich spezielle Dinge und Vorteile vor den Konkurrenten zu sichern. Fast jeder suchte nur seinen eigenen Nutzen, damit er seine persönliche Existenz erhalten und seinen materiellen Besitz möglichst fortwährend vergrößern und schützen konnte. In diesem endlosen Existenzkampf setzten sich vor allem der Aggressionstrieb, Hab- und Machtgier, Neid, Trägheit sowie andere negative Charaktereigenschaften der Menschen durch.

Wie in der Natur bzw. im Tierreich dominierten grundsätzlich die Starken aufgrund ihrer größeren Aggressivität und physischen Überlegenheit ihre schwächeren Konkurrenten (Diktatur von Einzelpersonen, Gruppen oder Völkern bzw. Staaten). Je brutaler und skrupelloser die unterworfenen Gegner ausgemerzt, versklavt oder vertrieben wurden, desto erfolgreicher konnten die expandierenden Eindringlinge ihre Machtpositionen erweitern und festigen.

Um 500 v. Chr. verließen die ersten Germanen ihre Heimat in Dänemark, Südschweden, Norwegen und Norddeutschland in Richtung Osten und Süden. Die ruhelosen Wanderungen der Germanen wurden hauptsächlich durch folgende Gründe ausgelöst:

1. Bevölkerungszunahme und Landnot in Mittel- und Nordeuropa zwangen die Ureinwohner ihre Heimat zu verlassen, denn die damaligen Gebiete bestanden mehrheitlich aus Waldgebieten und Moorflächen.

2. Naturkatastrophen, Klimaveränderungen und Hungersnot verursachten große Ernährungsprobleme. Weil die Germanen in dieser Zeit noch nicht zielstrebig genug rodeten, reichten die Ackerflächen nicht mehr aus, um alle Stammesangehörigen zu ernähren.

3. Kämpfe zwischen verfeindeten germanischen Stämmen, die zwangsläufig mit dem Abzug der besiegten Stämme endeten. Die Abenteuer- und Kampfeslust oder die Ruhelosigkeit der germanischen Stammesfürsten spielten nur eine untergeordnete Rolle.

Oftmals wanderten nur überschüssige Teile, vielfach die jüngeren Generationen der Volksstämme ab, so daß die zurückbleibenden Germanen wieder für mehrere Jahre über genügend Siedlungsraum und Nahrung verfügten und die angestammten Gebietsrechte bewahren konnten. Während ihrer langen und gefährlichen Wanderungen waren die germanischen Stämme grundsätzlich auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden. Diese Wanderungen waren fast immer mit erbitterten Kämpfen gegen ansässige germanische und keltische Stämme oder gegen die Römer verbunden, die ihre Siedlungsgebiete mit äußerstem Einsatz verteidigten.

Zahlreiche germanische Stämme wurden während dieser gnadenlosen Kämpfe um die Siedlungsgebiete völlig ausgelöscht. Im Verlauf ihrer Wanderungen dehnten die Germanen ihre

Siedlungsgebiete fächerförmig nach Ost-Mitteleuropa und nach Süd- und Westdeutschland, bis an die Donau und den Rhein, aus. Viele germanische Stämme wurden in den neuen Siedlungsgebieten nicht sesshaft und zogen schon nach kurzer Zeit weiter.

Die deutsche Ostsiedlung begann im 8. und 9. Jahrhundert mit der Besiedlung der Donau- und Ostalpenländer durch die Bayern. Danach erfolgte ein allmählicher germanischer Vorstoß über die Elbe. Die meisten Feldzüge gegen die heidnischen Slawen dienten in erster Linie der Sicherung der Ostgrenzen und der Verbreitung des christlichen Glaubens. Das Ostfränkische Reich östlich der Elbe wurde zum hartumkämpften Schlachtfeld der Deutschen und Slawen. Hier wurden die slawischen Stämme auch erstmalig entscheidend besiegt. Es ging zunächst nur sehr langsam vorwärts, aber das Ostfränkische Reich schob seine Grenzen unaufhaltsam weiter nach Osten vor.

Im 10. Jahrhundert drangen die deutschen Fürsten über die Grenzmarken der Elbe-Saale-Linie nach Osten vor und nahmen die kaum besiedelten slawischen Gebiete in ihren Besitz. Im 11. Jahrhundert erreichten deutsche Siedler die Flüsse Thaya und Leitha sowie die südöstlichen Alpenausläufer. Erst im 12. Jahrhundert gelang es nach harten Kämpfen, die Slawen zwischen Elbe und Oder endgültig zu besiegen und zu missionieren. Danach wurden alle Gebiete bis zur Oder in das Deutsche Reich eingegliedert. Nach der Eindeutschung der ostelbischen Gebiete entfaltete sich die deutsche Ostsiedlung weiter.

Die deutsche Ostsiedlung war ein langsamer und meistens friedlicher Vorgang. Im Verlauf dieser Ostsiedlung wurden zunächst die un bebauten und unbewohnten Landstriche östlich der Oder bis hinauf nach Estland erfaßt. In Böhmen, Ungarn und im rumänischen Siebenbürgen entstanden ebenfalls deutsche Siedlungen. Die wesentlichsten Siedlungsgebiete waren:

1. Die gesamte Ostseeküste und die Gebiete des Baltischen Landrückens bis nach Estland.
2. Die Niederungen der norddeutschen und polnischen Tiefebene.
3. Die mitteleuropäischen Mittelgebirge (z.B. Böhmerwald, Erz-, Iser- und Riesengebirge).
4. Die Ostalpen- und Karpatengebiete.
5. Die Ebenen Süd-Osteuropas (z.B. Donauebene, Wolhynien, Südrußland, nördlicher Kaukasus und das mittlere Wolgabecken).

Während der deutschen Ostsiedlung kam es naturgemäß auch zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den Siedlern und den bereits ansässigen Volksgruppen, denn Völkerwanderungen ohne Gewalt und Kämpfe gab es in der Weltgeschichte zu keiner Zeit. Vor der Besiedlung der nördlichen Provinzen fanden oftmals jahrelange erbitterte und blutige Kämpfe statt. Für die Fürsten und die katholische Kirche waren die damaligen Eroberungszüge gegen die heidnischen Slawen und Balten, trotz aller Grausamkeit und Gewalt, "gerechte, christliche Kreuzzüge".

Die Wanderungsbewegung in den Osten entwickelte sich damals zwar auch aus einer allgemeinen Aufbruchstimmung und der großen Lebenskraft des mittelalterlichen Abendlandes, aber der wichtigste Grund für den Anfang der deutschen Ostsiedlung war der große Bevölkerungsanstieg in Westeuropa. Seit dem 11. Jahrhundert verursachten die ständig zunehmende Überbevölkerung in Mitteleuropa vielerorts Hunger, Arbeitslosigkeit, Not und Elend. In der Zeit von 1000 bis 1340 stieg z.B. die deutsche Bevölkerung von 10,0 auf 13,0 Millionen Einwohner an.

Um 1250 lebten bereits 70,0 Millionen Menschen in Europa. Höhere Lebenserwartung und steigende Geburtenziffer erzeugten einen jährlichen Bevölkerungsanstieg von mehr als 0,5 %. Die Ostwanderung wurde in jener Zeit jedenfalls nicht durch den völlig unterentwickelten deutschen Nationalismus ausgelöst, sondern hauptsächlich durch den gewaltigen Bevölkerungsdruck.

Ob es die Menschen wollten oder nicht, der anhaltende Bevölkerungsanstieg zwang sie in jener Epoche, neue Siedlungsgebiete zu suchen. Aus ähnlichen Gründen begaben sich z.B.

auch im 17., 18., 19. und 20. Jahrhundert Millionen von Europäern auf den gefährlichen Weg nach Übersee.

Die deutsche Ostsiedlung war eine Gemeinschaftsleistung der deutschen Stämme und dauerte mehrere Jahrhunderte. Mönche, Ritter, Bauern, Kaufleute, Handwerker und Bergleute aus sämtlichen Gegenden des Reiches waren gemeinschaftlich an diesem großartigen Siedlungswerk beteiligt. Die deutsche Ostsiedlung zählte zu den herausragenden Leistungen des deutschen Volkes im Mittelalter (x146/113). Es handelte sich eigentlich um keine Kolonisation von fremden Ländern, denn die Germanen wanderten nach zum Teil 800 Jahren Abwesenheit nur in ihre ursprünglichen Siedlungsgebiete zurück. Mit dieser "2. Völkerwanderung" nach Osten wurden lediglich Gebiete besiedelt, die von den Germanen während der Völkerwanderung fluchtartig geräumt worden waren.

Infolge der Besiedlung des Ostens wurde nicht nur der Lebensraum des deutschen Volkes wesentlich erweitert, sondern auch die Kultur der Deutschen und ihrer östlichen Nachbarn wurde erheblich geprägt. Die Ostsiedlung leistete in den folgenden Jahrhunderten einen wichtigen Beitrag zur Europäisierung und prägte entscheidend die soziale und wirtschaftliche Entwicklung der osteuropäischen Gebiete.

Die Nachahmung und Übernahme der deutschen Rechts-, Wirtschafts-, Sozial- und Kulturordnung führte später zur kulturellen Angleichung Ostmitteleuropas. Es begann eine lange gemeinsame Geschichte zwischen germanischen, baltischen und slawischen Völkern. Niemand ahnte in jener Zeit, daß die friedliche deutsche Ostsiedlung im 20. Jahrhundert zu einer furchtbaren Katastrophe führen würde.

Da die Geschichtsschreibung schon immer von den Siegern geprägt wurde, wurden viele Ereignisse der deutschen Ostsiedlung naturgemäß sehr einseitig geschildert. Die berufsmäßigen Geschichtsschreiber und Historiker berichteten und forschten gewöhnlich nicht im Auftrag einer objektiven historischen Wahrheit, sondern in erster Linie im Dienst der jeweiligen weltlichen und geistlichen Machthaber. Die meisten Historiker, die als Universitätsprofessoren oder Lehrer ihren Lebensunterhalt verdienten, waren verständlicherweise nicht daran interessiert, ihre Arbeitgeber (Staats- und Kirchenführer) zu verärgern und ihre Existenz zu gefährden.

Vorwort zur Dokumentation: Glanz und Elend der deutschen Geschichte von 1870 bis 2018. Band 1-12

Die Geschichte des Deutschen Reiches (1871-1918), der Weimarer Republik (1918-1933), des NS-Regimes (1933-1945), der Nachkriegszeit (1945-1949), der BRD (1949-1990), der DDR (1949-1990) sowie die Geschichte Mittel- und Westdeutschlands (1990-2018).

Der völkerrechtliche Status des Deutschen Reiches von 1871-2018

Wer die Wahrheit kennt und spricht sie nicht, der bleibt fürwahr ein erbärmlicher Wicht.
August D. von Binzer (1815-1868, deutscher Schriftsteller)

Deutsches Reich (1871-1918): 47 Jahre Freiheit und Selbstbestimmung

Souveränität: Das Deutsche Reich von 1871 war ein souveräner Staat. Das Deutsche Reich verfügte von 1871 bis zum Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 über die 3 klassischen Merkmale eines Staates:

- Staatsgebiet (einen klar abgegrenzten oder definierten Landbesitz). Das Staatsgebiet oder Hoheitsgebiet ist der Raum, der der territorialen Oberhoheit eines Staates unterliegt.
- Staatsvolk. Das Staatsvolk wird von den Bewohnern eines Staates gebildet, die in dem Staatsgebiet alle bürgerlichen und politischen Rechte besitzen.
- Staatsgewalt. Ausübung der Macht innerhalb eines Staates durch staatliche Regierungsorganisationen, wie z.B. Verwaltung, Polizei, Gerichte etc.

Das Deutsche Reich von 1871 war bis zum Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 der letzte souveräne deutsche Staat bzw. das letzte gültige Völkerrechtssubjekt.

Staatsangehörigkeit: Die Staatsangehörigkeit richtete sich zum Schluß nach dem Reichs- und Staatsbürgergesetz des Deutschen Reiches von 1913. Jeder Deutsche, der im Deutschen Reich lebte, war damals nach dem öffentlichen Staats- und Völkerrecht Reichsdeutscher. Eine einheitliche deutsche Staatsangehörigkeit gab es im Deutschen Reich nicht. Es galten die Staatsangehörigkeiten der einzelnen deutschen Länder (Preußen, Bayern, Hessen, Württemberg etc.).

Innen- und Außenpolitik: Das Deutsche Reich zählte damals völkerrechtlich zu den politisch und ökonomisch unabhängigen Staaten, die die Fähigkeit besaßen, mit anderen Staaten souverän in politischen Kontakt zu treten.

Weimarer Republik (1918-1933): 15 Jahre Unfreiheit und eingeschränkte Selbstbestimmung

Souveränität: Deutschland zählte seit dem Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 zu den wirtschaftlich und politisch entmündigten Staatsgebilden (Staaten ohne Selbstbestimmung).

Die Weimarer Republik von 1919 war kein souveräner Staat und verfügte nicht über die klassischen Merkmale eines Staates (Staatsgebiet, Staatsvolk, Staatsgewalt). Aufgrund der Versailler "Friedensbedingungen" (Gebietsabtretungen, hohe Wiedergutmachungsleistungen, Stationierung von Besatzungstruppen, Teilauflösung des deutschen Heeres etc.) zählte die Weimarer Republik von 1919-1933 völkerrechtlich nicht zu den politisch und ökonomisch unabhängigen Staaten, die die Fähigkeit besaßen, mit anderen Staaten souverän in politischen Kontakt zu treten.

Die Weimarer Verfassung war keine frei gewählte Verfassung des deutschen Volkes, denn Deutschland wurde damals bereits von Siegermächten des Ersten Weltkrieges dominiert.

Staatsangehörigkeit: Die Staatsangehörigkeit richtete sich nach dem Reichs- und Staatsbür-

gesetz des Deutschen Reiches von 1913. Jeder Deutsche, der im Deutschen Reich lebte, war damals nach dem öffentlichen Staats- und Völkerrecht Reichsdeutscher. Eine einheitliche deutsche Staatsangehörigkeit gab es im Deutschen Reich nicht. Es galten die Staatsangehörigkeiten der einzelnen deutschen Länder (Preußen, Bayern, Hessen, Württemberg etc.).

Innen- und Außenpolitik: Die Weimarer Republik zählte damals zwar völkerrechtlich nicht zu den politisch und ökonomisch unabhängigen Staaten, aber die maßgeblichen Politiker versuchten trotz alledem, die Interessen des deutschen Volkes zu verteidigen (Widerstand gegen die völkerrechtswidrige Ruhrbesetzung etc.). Alle Regierungen der Weimarer Republik bemühten sich seit 1919 konsequent und unermüdlich, um in den ostdeutschen Abtretungsgebieten starke deutsche Volksgruppen zu erhalten, denn die Aufrechterhaltung eines nationalen Besitzstandes war äußerst wichtig, wenn man irgendwann Grenzrevisionen erreichen wollte.

NS-Regime (1933-1945): 12 Jahre Unfreiheit und Terror

Innen- und Außenpolitik: Bei der letzten "freien Reichstagswahl" am 5. März 1933 erhielt die NSDAP trotz großer Massenarbeitslosigkeit (fast 6,0 Millionen Arbeitslose und mehrere Millionen Kurzarbeiter) "nur" 43,9 % aller Wählerstimmen bzw. 288 Mandate, so daß Hitler nur mit Hilfe von radikalen Bundesgenossen "Kampffront Schwarz-Weiß-Rot" (DNVP = 8,0 %) die "einfache Mehrheit" von 51,9 % erreichte.

Da spätestens seit dem 28. Februar 1933 diktatorische Machtverhältnisse herrschten (Einschränkung der Grundrechte, Ausnahmezustand, Parteienverbot, SA- Straßenterror etc.), zählte die Wahl vom 5. März 1933 bereits nicht mehr zu den demokratischen und freien Wahlen.

Joseph Goebbels berichtete am 5. März 1933 (x032/25): >>Wir sind die Herren im Reich und in Preußen; alle anderen sind geschlagen zu Boden gesunken. Eine lange Arbeit wird mit letztem Erfolg gekrönt. Deutschland ist erwacht.<<

Am 23. März 1933 legte Reichskanzler Hitler während der zweiten Sitzung des neuen Reichstages das "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich" (sogenanntes "Ermächtigungsgesetz") zur Abstimmung vor.

Da das NS-Regime wegen der erforderlichen Zweidrittelmehrheit keine legale Verfassungsänderung durchsetzen konnte, ließ Hitler zahlreiche politische Gegner vorher gewaltsam ausschalten. Nachdem man die meisten kommunistischen Abgeordneten bereits während und nach dem Reichstagsbrand am 27. Februar 1933 inhaftiert hatte, ließ Hitler vor der entscheidenden Abstimmung über die Annahme des Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich die restlichen KPD-Abgeordneten festnehmen und außerdem noch kurzerhand 26 der 120 SPD-Reichstagsabgeordneten verhaften oder aussperren, um die erforderliche Zweidrittelmehrheit für die Grundgesetzänderung zu erhalten.

Aufgrund des gewaltsamen Staatsstreiches (Verhaftung und Bedrohung von Reichstagsabgeordneten) begingen die Nationalsozialisten verfassungsrechtlich eindeutig Hochverrat. Hitlers NS-Terroristen hielten das Deutsche Reich danach praktisch von März 1933 bis Mai 1945 besetzt.

Durch die ungesetzliche Verabschiedung bzw. gewaltsame Durchsetzung des "Ermächtigungsgesetzes" vom 23. März 1933 wurde die deutsche Reichsregierung bzw. der Rechtsstaat völlig ausgeschaltet und das deutsche Volk verlor endgültig seine politische Freiheit. Die "deutsche Katastrophe" war danach nicht mehr aufzuhalten, denn nach Errichtung der NS-Diktatur bestimmten in Deutschland nur noch Hitler und seine "NSDAP-Abgeordneten" bzw. Gewalt und Terror.

Prof. Dr. Karl Jaspers (1883-1969, Philosoph, erhielt von 1937-45 Lehrverbot und ab 1943 Publikationsverbot durch das NS-Regime) schrieb später, daß am 23. März 1933 unter Hitlers Führung erstmalig in der deutschen Geschichte ein **Verbrecherstaat** gebildet wurde, also ein "Staat", der systematische Verbrechen mittels seiner Institutionen, seiner Träger und Unterge-

ordneten verübte (x154/14).

Hitler kündigte sein "NS-Vernichtungsprogramm" schon im Jahre 1934 an (x066/77): >>...
Aber wenn wir dann auch nicht siegen können, so werden wir, selbst untergehend, noch die halbe Welt mit uns in den Untergang reißen, und niemand wird seines Sieges über Deutschland froh sein. Ein 1918 gibt es nicht wieder. Wir kapitulieren nicht. Wir werden nicht kapitulieren, niemals! Wir können untergehen. Aber wir werden eine Welt mitnehmen, eine Welt in Flammen. ...<<

Winston Churchill war im Jahre 1938 immer noch von Hitler begeistert. Churchill meinte, daß die bisherigen Leistungen des "Führers" weltgeschichtlich als Wunder einzuordnen seien (x025/128).

Das US-Nachrichtenmagazin "TIME" wählte Hitler im Jahre 1938 sogar zum Mann des Jahres (x268/50).

Hitler, der nachweislich jahrelang durch ausländische Förderer, wie z.B. durch das New Yorker Bankhaus Kuhn, Loeb & Co., und durch zahlreiche US-Großindustrielle finanziell unterstützt wurde, enttäuschte seine NWO-Geldgeber nicht. Hitlers riskanten Revisionen, um nicht haltbare, vorsätzliche Ungerechtigkeiten des Versailler Vertrages zu beseitigen, führten zwangsläufig zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges bzw. zur Fortsetzung des 2. Dreißigjährigen Krieges.

Hitler, der seit 1933 die "alleinige Führerverantwortung" verherrlichte, entzog sich erwartungsgemäß der Haftung und Verantwortung. Adolf Hitler, 1889 in Braunau/Österreich geboren, schoß sich am 30. April 1945 einige Minuten nach dem Tod seiner Ehefrau in die rechte Schläfe und zerbiß vermutlich gleichzeitig eine Blausäurekapsel (x044/82).

Der uneinsichtige Zyniker äußerte kurz vor seinem Freitod am 30. April 1945 (x033/611): >>... Ich weiß, morgen schon werden mich Millionen Menschen verfluchen, - das Schicksal wollte es nicht anders ...<<

Adolf Hitler gehörte sicherlich zu den merkwürdigsten Personen der Weltgeschichte. Obwohl dieser arbeitslose, berufslose "Künstler" noch mit 30 Jahren eine gescheiterte Existenz war, wurde der ehemalige Österreicher dank großzügiger finanzieller Unterstützung seiner NWO-Geldgeber mit 44 Jahren das Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches und beendete mit 56 Jahren sein Leben in einem einzigartigen Chaos.

Hitler war zweifelsfrei ein gefährlicher Psychopath, der unter "normalen Umständen" sicherlich irgendwann im Irrenhaus oder im Zuchthaus gelandet wäre. Er verdankte seine "außergewöhnliche Karriere" in erster Linie den verhängnisvollen Folgen der Versailler "Friedensverträge", die das Deutsche Reich nach dem Ersten Weltkrieg fast völlig zerbrachen.

Nach Hitlers Wahnvorstellungen sollte das "Dritte Reich" 1.000 Jahre dauern, aber schon nach "nur" 12 Jahren war der "braune Spuk" bereits vorbei. Innerhalb von 12 Jahren zerstörte dieser größtenwahnsinnige "Führer", der eigentlich nur eine fremdbestimmte Marionette seiner perfiden ausländischen NWO-Geldgeber war, eine mehr als 1.000jährige glanzvolle deutsche Geschichte.

Der Traum vom 1.000jährigen 3. Reich wurde für die deutsche Nation schließlich zu einem endlosen Alptraum. Die Massenverbrechen der NS-Verbrecherorganisation degradierten die jahrhundertlang geachteten, stolzen Deutschen schließlich zu einem gebrochenen und mit beispielloser Schande belasteten "Volk der Täter". Vor allem der völlig sinnlose Völkermord an den europäischen Juden wird seit Jahrzehnten erfolgreich genutzt, um das gesamte deutsche Volk mit Hilfe der völkerrechtswidrigen "Kollektivschuld" zu brandmarken und zu diskriminieren.

Nachkriegszeit (1945-1949): 4 Jahre Unfreiheit und Sklavendasein

Nachdem die Siegermächte die uneingeschränkte Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und Justiz-

gewalt in den Besetzungszonen übernommen hatten, waren die hoffnungslos erschütterten Deutschen den Siegern auf Gedeih und Verderb ausgeliefert und mußten die drakonischen Maßnahmen, Willkürakte und Schikanen der Besatzer über sich ergehen lassen.

Theodor W. Adorno (eigentlich T. Wiesengrund, deutscher Philosoph, Soziologe und Musiktheoretiker, prägte später die 68er-Bewegung), schrieb am 1. Mai 1945 über die Situation in Deutschland (x354/8): >>... Alles ist eingetreten, was man sich jahrelang gewünscht hat, das Land vermüllt, Millionen von Hansjürgens und Utes tot.<<

Die militärische, wirtschaftliche und politische Ausschaltung Deutschlands, die man nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg im Jahre 1918 begonnen hatte, wurde nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg 1945 während der jahrzehntelangen Besetzungsherrschaft kompromißlos fortgesetzt.

Die Deutschen wurden nach der NS-Diktatur von 1933-1945 bzw. nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges von den Siegermächten zweifelsfrei nicht befreit, sondern politisch und wirtschaftlich entmündigt und in den folgenden Jahrzehnten systematisch ausgeplündert und um-erzogen.

Nach der Besetzung Mitteldeutschlands führte die Sowjetunion umgehend rücksichtslos den sog. marxistisch-leninistischen Sozialismus bzw. die "Diktatur der Arbeiter und Bauern" ein.

Am 14. Mai 1945 befahl die französische Militärregierung, in der Nähe Freiburgs ein Konzentrationslager für deutsche politische Häftlinge zu errichten.

US-Präsident Truman genehmigte am 14. Mai 1945 die nordamerikanische Geheimdirektive JCS 1067 vom 26.04.1945, die bis zum 17.10.1945 als Top Secret behandelt wurde.

Der Grundsatz dieser Direktive, die bis zum 15.07.1947 in Kraft blieb, lautete wie folgt (x156/30): >>... a) Es muß den Deutschen klargemacht werden, daß Deutschlands rücksichtslose Kriegsführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Leiden unvermeidlich gemacht haben, und daß sie nicht der Verantwortung für das entgehen können, was sie selbst auf sich geladen haben.

b) Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als besiegter Feindstaat. Ihr Ziel ist nicht die Unterdrückung, sondern die Besetzung Deutschlands, um gewisse wichtige alliierte Absichten zu verwirklichen. Bei der Durchführung der Besetzung müssen Sie gerecht, aber fest und unnahbar sein. Die Verbrüderung mit den deutschen Beamten und der Bevölkerung werden sie streng unterbinden.

c) Das Hauptziel der Alliierten ist es, Deutschland daran zu hindern, je wieder eine Bedrohung des Weltfriedens zu werden. ...<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schrieb später über das Umerziehungsprogramm der westlichen Siegermächte (x063/614): >>... Auch das Programm der Umerziehung, war kein Erfolg. Um Erzieher, gar "Umerzieher" zu sein, mußte man vor allem Bildung, Menschenkenntnis und ... Menschenliebe besitzen, und man durfte nicht den Eindruck erwecken, daß ein solches "Umerziehungsprogramm" auch jene moralischen, geistigen und geschichtlichen Werte, die selbst der Nationalsozialismus nicht zerstören konnte, einer blassen "Fortschrittstheorie" wegen nunmehr über Bord zu werfen seien. ...

Die amerikanischen "Wiedererzieher" - viele davon linksradikale ehemalige Deutsche -, versuchten das deutsche Erziehungswesen von "klassischen Schlacken" zu reinigen und ganz auf den "Fortschritt", wie sie ihn sahen, umzustellen. Der Versuch, Geschichte und Geschichtsbewußtsein zurückzudrängen, vielleicht gar auszulöschen, gehörte dazu - etwas, wovon sich das deutsche Erziehungswesen bis heute noch nicht erholt hat.

Es gibt über dieses "Reeducation Programme" detaillierte Anweisungen, die sich damals schon, und erst recht heute, unberührt erwiesen von jeder wirklichen Kenntnis deutscher Jugend und deutscher Erziehung. ...<<

Nach dem Zweiten Weltkrieg lag das Deutsche Reich größtenteils in Schutt und Asche. Die

anglo-amerikanischen Bombenangriffe gegen Deutschland hatten rd. 1,6 Millionen Gebäude vernichtet. 3,37 Millionen Wohnungen existierten im Mai 1945 nicht mehr oder waren unbewohnbar (x051/364). Viele große deutsche Städte waren total verwüstet und dem Erdboden gleichgemacht. Überall herrschten chaotische Zustände. In Mittel- und Westdeutschland waren fast alle Großstädte sowie das Verkehrs- und Nachrichtenwesen zerstört.

Die industrielle Produktion Westdeutschlands erreichte 1945 nur noch 18 % des Volumens von 1936 (x148/15). Die verbliebenen deutschen Wirtschaftsbetriebe wurden durch Aufspaltung, Reparationen und Beschränkungen der jeweiligen Besatzungsmächte zusätzlich geschwächt, so daß die Versorgung der Bevölkerung fast unmöglich wurde. Der ehemalige deutsche Binnenmarkt wurde durch Zonengrenzen unterbrochen, die Währung war total zerrüttet und Aufbaukredite gab es nirgends. Im gesamten Land breiteten sich Hunger, Resignation und Hoffnungslosigkeit aus.

Damit man die angestrebten Hauptziele **Demilitarisierung, Denazifizierung, Demontage und Demokratisierung bzw. Umerziehung** ungestört realisieren konnte, führten die alliierten Siegermächte und ihre osteuropäischen Verbündeten nach dem Kriegsende 1945 spezielle Maßnahmen durch, um die Deutschen konsequent auszuhungern.

In jener Zeit kamen zusätzlich Millionen von geflüchteten und vertriebenen Ost- und Volksdeutschen in das zerstörte Restdeutschland, in dem sich außerdem noch mehrere Millionen ehemalige ausländische Zwangsarbeiter sowie Kriegsgefangene aufhielten und ungezählte Ausgebombte und Evakuierte nach Unterkünften suchten.

Die Abtrennung der landwirtschaftlichen Überschußgebiete Ostdeutschlands, die jahrelange Versklavung von Millionen von deutschen Kriegsgefangenen, die gewaltsame Umsiedlung von etwa 14 Millionen Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße in das verwüstete Restdeutschland sowie die Verhinderung von westeuropäischen Hilfslieferungen mußten zwangsläufig zu humanitären Katastrophen führen.

Die Lebensverhältnisse der Nachkriegszeit waren nicht nur in Ostdeutschland katastrophal, sondern auch in Mittel- und Westdeutschland herrschten chaotische Lebensbedingungen. Vor allem für die nach Westen geflüchteten oder vertriebenen Reichs- und Volksdeutschen begann damals ein verzweifelter Kampf ums nackte Überleben, um dem Hunger- oder Kältetod zu entgehen.

Bei dieser völkerrechtswidrigen "Hungerpolitik" in den deutschen Besatzungszonen handelte es sich eindeutig um ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Dr. Kurt Schumacher, von 1946-52 SPD-Vorsitzender, erklärte am 12. Januar 1947 während einer Rede im Münchener Zirkus Krone, daß seit der Besetzung Deutschlands ein "Dauerzustand von Unehre, Hunger und geistiger Sklaverei" herrschen würde (x111/273).

Der CDU-Politiker Konrad Adenauer schrieb am 18. Januar 1947 an den ehemaligen Reichsinnenminister Wilhelm Sollmann (x111/275): >>... Die Befreiung ist eine grausame und harte Enttäuschung. Wenn nicht ein Wunder geschieht, geht das deutsche Volk zugrunde, langsam aber sicher! ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die große Hungersnot während der Nachkriegsjahre in Deutschland (x268/32-33): >>... Während zumindest Fachhistoriker wissen, daß infolge der fortgesetzten alliierten Lebensmittelblockade gegen Deutschland und Österreich nach dem Ersten Weltkrieg rund eine Million Menschen starben, gelang es erst dem kanadischen Journalisten James Bacque, die Öffentlichkeit auf die wesentlich höhere Zahl direkter und indirekter Hungeropfer (z.B. erhöhte Säuglingssterblichkeit, hungerbedingte Krankheiten und dergleichen) nach dem Zweiten Weltkrieg aufmerksam zu machen. Bacque kommt auf schier unglaubliche 5,7 Millionen in den vier Besatzungszonen Deutschlands.

Selbst wenn diese Zahl zu hoch gegriffen sein sollte, so steht doch fest, daß die sogenannte

Befreiung mehr Deutsche der Zivilbevölkerung das Leben gekostet hat als Hitlerdiktatur und Weltkrieg zusammengenommen.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 9. August 2008) über die die deutschen Kriegs- und Nachkriegsverluste des Zweiten Weltkrieges (x887/...):

>>**Klassiker aktualisiert**

... Nawratil zählt **8,8 Millionen Nachkriegstote**, davon 4,0 Opfer der Hungerpolitik, 2,8 Opfer der Vertreibungen, 1,6 tote Kriegsgefangene, 0,3 Opfer der Sowjetarmee in Mitteldeutschland und Österreich plus 0,1 Tote in sowjetischen KZ und Gefängnissen in Deutschland. ...<<

BRD und DDR (1949-1990): 41 Jahre Vasallenschaft und eingeschränkte Selbstbestimmung

Souveränität: Die militärische, wirtschaftliche und politische Ausschaltung Deutschlands wurde nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg im Jahre 1945 während der jahrzehntelangen Besatzungsherrschaft kompromißlos fortgesetzt.

Die von den westlichen Siegermächten gegründete BRD war wie die DDR nie ein souveräner Staat, denn ihre Geschäftsfähigkeit wurde durch die Siegermächte infolge des Besatzungsstatutes und des Ruhrstatutes drastisch eingeschränkt.

Aufgrund der Potsdamer Vereinbarungen (völkerrechtswidrige Gebietsabtretungen, hohe Wiedergutmachungsleistungen, Stationierung von Besatzungstruppen etc.) zählten die BRD und die DDR völkerrechtlich nicht zu den politisch und ökonomisch unabhängigen Staaten, die die Fähigkeit besaßen, mit anderen Staaten souverän in politischen Kontakt zu treten.

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 27. Februar 2010 über eine Rede des SPD-Politikers Sigmar Gabriel (von 2009-2017 SPD-Vorsitzender): >>**Parteitag in Dortmund: SPD-Chef Gabriel holzt gegen Union und FDP**

Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel hat auf dem Sonderparteitag in Dortmund den Angriff auf Schwarz-Gelb in Nordrhein-Westfalen ausgerufen. ...

Der Bundesregierung aus Union und FDP warf Gabriel Unfähigkeit vor. ... "Wir haben gar keine Bundesregierung", fügte Gabriel unter dem Beifall der rund 450 Delegierten hinzu.

Vielmehr sei Kanzlerin Angela Merkel, CDU, "Geschäftsführerin einer neuen Nichtregierungsorganisation in Deutschland". ...<<

Der deutsche CSU-Politiker Horst Seehofer, seit 2008 bayerischer Ministerpräsident, erklärte am 20. Mai 2010 während einer Unterhaltung mit dem Kabarettisten Erwin Pelzig (x317/151): >>... Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt, und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden.<<

Egon Bahr, von 1972-1976 SPD-Bundesminister, schrieb am 16. Oktober 2011 in der Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT": >>**"Lebenslüge der Bundesrepublik"**

Von einem "Unterwerfungsbrief" sprach Willy Brandt und lehnte eine Unterzeichnung zunächst empört ab: "Schließlich sei er zum Bundeskanzler gewählt und seinem Amtseid verpflichtet. Die Botschafter (der Alliierten) könnten ihn wohl kaum absetzen! Da mußte er sich belehren lassen, daß schon Adenauer diese Briefe unterschrieben hatte und danach Erhard und danach Kiesinger." So schilderte es Egon Bahr 2009 in der "Zeit" und machte damit erstmals die Existenz der sogenannten "Kanzlerakte" öffentlich. Nun nimmt er hier zum zweiten Mal dazu in einer Zeitung Stellung. ...

Daß über die geschilderten Realitäten geschwiegen wurde, hat einen einfachen Grund. Es war eine der Lebenslügen der alten Bundesrepublik, 1955 mit dem Beitritt zur Nato zu behaupten, wir wären souverän geworden. Im obersten Ziel der Einheit der Nation waren wir es nie. Die Bundesregierung und die drei Westmächte hatten 1955 dasselbe Interesse: Über die fortdauernde Einschränkung der deutschen Selbstbestimmung nicht zu sprechen. ...<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 8. Dezember 2011: >>**EU am Scheideweg**

Die öffentliche und die verborgene Seite der Krise

... Gemeint sind Ereignisse, von denen nur wenige Notiz nehmen und die einem, wenn man von ihnen erfährt, glatt die Sprache verschlagen, weil ihre Wirkung die demokratische Verfaßtheit der Bundesrepublik Deutschland in ihren Grundfesten erschüttert.

Nehmen wir nur diesen Satz: Deutschland sei seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu keinem Zeitpunkt ein souveräner Staat gewesen.

Das sagte nicht irgendein Extremist, sondern sagte kein geringerer als Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) Ende November auf dem "European Banking Congress" in der Alten Oper in Frankfurt am Main.

Satz von der Wirkung eines Sprengstoffanschlags

Es war ein Satz von der Wirkung eines Sprengstoffanschlags auf das nationale Selbstverständnis der Deutschen, ausgesprochen von ausgerechnet jenem Mann, der im August 1990 den deutschen Einigungsvertrag unterzeichnete. Obwohl er schon vor einiger Zeit fiel und von einer ganzen Reihe aufmerksamer Internetmedien zitiert wurde, muß dieser Satz noch einmal thematisiert werden, weil er einfach so unglaublich ist.

Das wiedervereinigte Deutschland soll kein souveräner Staat sein? Was ist es dann? Eine Besatzungszone? Und wenn ja, von wem besetzt?

Kein einziger der anwesenden Top-Banker stellte Schäuble diese Fragen. Und wäre das Ereignis nicht auf Video dokumentiert worden, man würde es kaum glauben.

Es braucht nicht viel Phantasie sich vorzustellen, was geschehen wäre, hätte das ein Linker behauptet. Aber nun sagte es der Finanzminister einfach mal so dahin, weil er die Preisgabe nationaler Souveränitätsrechte an das von Angela Merkel geplante neue Europa herunterspielen möchte. Und niemand widersprach ihm.

Souveränität gibt es seit den Kriegen nicht mehr

Schäuble leitete diese Passage seiner Rede mit den Worten ein: "Die Kritiker, die meinen, man müsse eine Kongruenz zwischen allen Politikbereichen haben, die gehen ja in Wahrheit von dem Regelungsmonopol des Nationalstaates aus."

Diese durch das Völkerrecht geschützte Souveränität sei aber in Europa spätestens mit den beiden Weltkriegen "längst ad absurdum geführt" worden.

Und weil dies so sei, formulierte er jenen folgenschweren Satz: **"Und wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen."** ...<<

Innen- und Außenpolitik: Die gewählten Politiker der deutschen Regierungen der BRD und DDR führten gewöhnlich alle Vorgaben der jeweiligen Besatzungsmächte gewissenhaft und widerstandslos aus. Der aufrichtige und ehrenhafte SPD-Vorsitzende Dr. Kurt Schumacher war leider eine Ausnahme.

Die freien, geheimen Wahlen in der BRD waren zwar frei und geheim, aber die gewählten Parteien und Abgeordneten konnten nicht souverän handeln. Infolge des Besatzungsstatutes, der geheimen Zusatzverträge (Ruhrstatut und Zwangsmitgliedschaft in den Folgegemeinschaften Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EG und EU) und der zahlreichen geheimen Vorbehaltsrechte handelten die vom deutschen Volk gewählten Parteien und Abgeordneten seit Gründung der BRD im Auftrag und nach den Vorgaben der alliierten Siegermächte.

Staatsangehörigkeit: In der ursprünglichen Fassung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 hieß es u.a. (x859/...): Artikel 116

(1) Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat. ...<<
In Ostberlin verkündete der 3. Volkskongreß am 30. Mai 1949 die Verfassung der Deutschen

Demokratischen Republik, die ebenfalls für Gesamtdeutschland gelten sollte (x105/306). In dieser Verfassung der DDR hieß es u.a.: ... "Es gibt nur eine deutsche Staatsangehörigkeit".
Ostdeutschland: Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland bemühten sich zunächst um die Aufrechterhaltung eines nationalen Besitzstandes der polnisch-sowjetisch besetzten deutschen Ostgebiete, aber diese Bemühungen währten nur bis zum 7. Dezember 1970 (Warschauer Vertrag).

Vereinigung von Mittel- und Westdeutschland bzw. BRD + DDR = DDR 2.0 (1990-2020): 30 Jahre Vasallenschaft und eingeschränkte Selbstbestimmung

Souveränität: Am 12. September 1990 wurde in Moskau das Abschlusßdokument der "Zwei-plus-Vier-Verhandlungen" von den Außenministern der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik, der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland, der UdSSR und der USA unterzeichnet. Die Deutsche Demokratische Republik trat danach am 3. Oktober 1990 der Bundesrepublik Deutschland bei.

Bei der Vereinigung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik handelte es sich eigentlich nur um die Vereinigung von zwei ehemaligen Besatzungszonen der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges bzw. von zwei abhängigen, unsouveränen Staatsgebilden.

Die von den Siegermächten gegründeten Staatsgebilde BRD und DDR waren nie souveräne Staaten. Weder die Bundesrepublik Deutschland noch die Deutsche Demokratische Republik waren völkerrechtlich politisch und ökonomisch unabhängige Staaten.

Die BRD und die DDR waren lediglich Besatzungskonstrukte der alliierten Siegermächte, aber keine Staaten im völkerrechtlichen Sinn, denn sie verfügten nicht über die klassischen Merkmale eines souveränen Staates.

Während der Vereinigung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik im Jahre 1990 wurden demnach nur zwei unsouveräne Besatzungskonstrukte (völkerrechtlich nicht politisch und ökonomisch unabhängige Vasallenkolonien) zusammengeführt.

In dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag wurde ausdrücklich die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland verkündet. Das neue Verwaltungskonstrukt (BRD und DDR = BRD) übernahm jedoch gemäß "Zwei-Plus-Vier-Vertrag" wesentliche Teile des Überleitungsvertrages von 1954 (Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen vom 23.10.1954) und blieb weiterhin Zwangsmittglied der Europäischen Union, so daß die politischen und wirtschaftlichen Selbstbestimmungsrechte der Deutschen weiterhin erheblich eingeschränkt blieben.

Das Heimat- und Selbstbestimmungsrecht der vertriebenen Ostdeutschen blendete man damals außerdem kurzerhand komplett aus. Die diskriminierenden Feindstaatenklauseln (Artikel 53 und Artikel 107) der UN-Charta wurden ebenfalls ignoriert und nicht gestrichen.

Innen- und Außenpolitik: In dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag wurde zwar ausdrücklich die offizielle Souveränität der Bundesrepublik Deutschland verkündet, aber das neue Verwaltungskonstrukt - BRD und DDR = BRD - übernahm gemäß "Zwei-Plus-Vier-Vertrag" wesentliche Teile des Überleitungsvertrages von 1954, so daß die politischen und wirtschaftlichen Selbstbestimmungsrechte der Deutschen weiterhin erheblich eingeschränkt blieben. Aufgrund der eingeschränkten Selbstbestimmung führten die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland weiterhin alle Vorgaben des US-Imperiums gewissenhaft und widerstandslos aus.

Nach der sogenannten Wiedervereinigung wurde die öffentliche Meinungsfreiheit im vermeintlich "Vereinigten Deutschland" allmählich systematisch nach dem "erfolgreichen DDR-Vorbild" ausgerichtet bzw. gleichgeschaltet.

Staatsangehörigkeit: Für die Staatsangehörigkeit der Deutschen gibt es im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland keinen speziellen Artikel.

Im Artikel 25 des deutschen Grundgesetzes (Stand: Januar 2018) werden die deutschen Staatsangehörigen lediglich noch als "Bewohner des Bundesgebietes" bezeichnet.

Ostdeutschland: Die Regierung der BRD bemühte sich während der Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands im Jahre 1990 nie um die Aufrechterhaltung eines nationalen Besitzstandes der polnisch-sowjetisch besetzten deutschen Ostgebiete.

Die Bundesrepublik Deutschland trat mit dem deutsch-polnischen "Grenzenerkennungsvertrag" vom 14. November 1990 die deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße Gebiete eigenmächtig ab, obwohl sie damals weder staats- noch völkerrechtlich Verfügungsberechtigt war, da die Territorialgewalt über Ostdeutschland nach wie vor allein das Deutsche Reich ausübte.

Die deutsche Autorin Eva Herman schrieb am 28. April 2017 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>"Deutschland sollte kein besetztes Land mehr sein"

Ein erstaunliches Interview wurde vor wenigen Tagen von dem Internet-Sender Querdenken.TV veröffentlicht. Michael Friedrich Vogt, Publizist und ehemaliger Honorarprofessor für Journalistik an der Universität Leipzig, hatte Mitte April 2017 in Moskau den stellvertretenden Vorsitzenden der russischen Duma, Wladimir Wolfowitsch Schirinowski, getroffen. ...

Vogt fügt in der Ankündigung des Interviews eine Aussage des offiziellen Russischdolmetschers Ernst Nagorny aus dessen Nachlaß an: "Als Gorbatschow 1990 in Dresden gefragt wurde, ob im Zusammenhang mit einer Vereinigung Mitteldeutschlands mit der BRD auch eine Angliederung der deutschen Ostgebiete in Aussicht genommen sei, war Gorbatschows Antwort:

"Ja, das wollte ich. Wir hatten die Universität in Moskau beauftragt, Pläne für die Wiedervereinigung von Deutschland mit seinen polnisch besetzten Teilen auszuarbeiten. Aber bei den 2-plus-4-Verhandlungen mußte ich zu meinem Erstaunen feststellen, daß Bundeskanzler Kohl und sein Außenminister Genscher die deutschen Ostgebiete Ostpreußen, Pommern und Schlesien gar nicht wollten. Die Polen wären bereit gewesen, die deutschen Provinzen Deutschland zurückzugeben. Aber der deutsche Außenminister Genscher hat die polnische Regierung in Warschau beknet, an der Oder-Neiße-Linie festzuhalten. 'Die Deutschen akzeptieren diese Grenze', waren seine Worte. Nur die DDR sollte angegliedert werden." ...<<

Der Verzicht auf die deutschen Ostgebiete bedeutete letzten Endes den Verlust von 114.648 Quadratkilometern bzw. 24,4 % des deutschen Staatsgebietes in den Grenzen von 1937. Dieser Verzicht verstieß eindeutig gegen die allgemeinen Regeln des Völkerrechts. Bei der Vertreibung von etwa 14 Millionen Deutschen aus den Gebieten Ost-Mitteleuropas, wobei mindestens 2 Millionen ihr Leben verloren, handelte es sich zweifelsfrei um Verbrechen gegen die Menschlichkeit, deshalb bedeutete die Anerkennung dieser gewaltsam festgesetzten Grenzen indirekt die Billigung von völkerrechtswidrigen Vertreibungen, legalisierte kollektive Schuldzuweisungen sowie kollektive Bestrafungen und befürwortete Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Der Verzicht auf die deutschen Ostgebiete war gemäß Artikel 25 des deutschen Grundgesetzes (Stand: Januar 2018) zweifelsfrei völkerrechtswidrig (x890/...): >>Artikel 25

Die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes sind Bestandteil des Bundesrechtes. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes.<<

**Vorwort zur Dokumentation: Das globale Terrorimperium der weltlichen und religiösen
Gewaltherrschaft. Band I-III**
Die totalitäre "Neue Weltordnung" der Geheimbünde

Die wenigen, die das System verstehen, werden dermaßen an ihren Profiten interessiert oder so abhängig von den Vorzügen sein, daß aus ihren Reihen niemals eine Opposition hervorgehen wird. Die große Masse der Leute aber, geistig unfähig zu begreifen, wird ihre Last ohne Murren tragen, vielleicht sogar, ohne je Verdacht zu schöpfen, daß das System gegen sie arbeitet.

Lionel Nathan Rothschild (1808-1879, englischer Bankier)

Die entscheidenden Schritte zur Gründung einer "Neuen Weltordnung" wurden vor mehr als 100 Jahren eingeleitet.

Die Freimaurerei dominierte allmählich alle Bereiche des staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens. Der menschliche Glauben, jede subjektive Lebensäußerung und jeder Aspekt des menschlichen Daseins wurde relativiert sowie alle lebendigen Gegensätze vermischt, um letzten Endes die Weltherrschaft der Freimaurer zu realisieren.

Die Freimaurer schwächten alle Herrschaftsformen, indem man sie gegeneinander ausspielte (Monarchien sollten durch demokratische Elemente ergänzt werden etc.), förderten Nichtregierungsorganisationen und stärkten gleichzeitig die politische Macht der Massenmedien.

Bei den Freimaurern handelt es sich zweifelsfrei um geniale Täuscher und Hetzer, die unter dem Deckmantel der Humanität, der Menschenrechte und der Menschenwürde die Menschen weltweit gegeneinander aufhetzen.

Die Freimaurerei ist eigentlich nichts anderes als ein fanatischer Satanskult, denn ihr verehrter 'dreifach großer Baumeister' ist nicht Gott, der Vater, der Allmächtige, der Schöpfer des Himmels und der Erde, der sich uns in der Bibel offenbart, sondern ihr 'dreifach großer Baumeister' ist in Wirklichkeit der Teufel.

Der globale Humanismus der Freimaurerei verspricht der gesamten Menschheit Freiheit und Menschenrechte, plant aber tatsächlich die Umstürze und Anschläge auf Staaten und Menschen, die Auslösung und Inszenierung von Kriegen zur finanziellen Bereicherung von Eliten, die Abschaffung aller persönlichen Freiheiten, die Gleichschaltung aller Werteordnungen und die Wiedereinführung der Sklaverei, um einen totalitären Weltstaat zu etablieren.

Wir müssen endlich begreifen und realisieren, daß nichts zufällig passiert, wenn Menschen beteiligt sind. Ein Blick zurück in die geschichtliche Vergangenheit beweist, daß leider kein kultureller Fortschritt der Menschheit stattgefunden hat. Gegenwärtig passiert genau der gleiche Terror wie in den zurückliegenden Jahrhunderten. Die Dummheit der Menschen ist anscheinend grenzenlos, denn auch wir "aufgeklärten Menschen" lassen uns unentwegt belügen und betrügen. Es ist unglaublich und nicht zu fassen, wie leicht sich die Menschen versklaven lassen und nicht bereit sind, für ihre Freiheit zu kämpfen.

Der NWO-Terror wird lediglich von sehr kleinen Gruppen oder gar von einzelnen Personen durchgesetzt. Nicht selten übernehmen hab- und machtgierige Psychopathen oder willige, gehirngewaschene Vasallen die Ausführung der arglistigen NWO-Zerstörungsmaßnahmen.

Zu den wesentlichen NWO-Zielen zählen z.B.:

- Abschaffung der Nationalstaaten,
- Durchsetzung eines weltweiten Sozialismus bzw. Kommunismus,
- Bildung einer totalitären Welt-Regierung,
- Errichtung von weltweiten Militärstützpunkten zur Stationierung von multinationalen Söldnerereinsatzgruppen,
- Deindustrialisierung und Kollabierung der Weltwirtschaft durch Umweltschutzaufgaben,

- Zentralisierung und Steuerung der Wissenschaft,
- Kontrolle aller Medien und systematische Bewußtseinsmanipulation,
- Reduzierung des Bildungswesens,
- Schaffung einer Einheitsreligion und Einführung neuer Kulte (Satanismus, Teufelsanbetung Zauber- und Hexerei),
- Zerstörung der Familie, Unterminierung der Kindererziehung, der Ehe usw.,
- Abschaffung des Bargeldes (alle Zahlungen sollen nur noch elektronisch erfolgen, um mißliebige Regimegegner sofort finanziell ausschalten zu können).
- Förderung von Drogengebrauch, Pornographie und Fundamentalismus,
- Zerstörung von Individualität und Umerziehung zum sog. Einheitsmenschen (z.B. durch Gehirnwäsche, Freigabe von Drogen, psychiatrische Zwangsbehandlungen),
- Reduktion der Bevölkerung durch inszenierte Krisen (Kriege, Hunger, Krankheiten, Zwangsimpfungen usw.).

Vor allem die globale Migration und die Errichtung einer multikulturellen Gesellschaft werden durch den NWO-Moloch systematisch geplant und gefördert. Die kriminelle Verschwörer-Clique des Geldadels und der Weltkonzerne besitzt einen gigantischen Machtapparat, der global die gesamte Wirtschaft und Politik beherrscht und lenkt. Diese verdeckt agierenden Terror-Organisationen verfügen über ein weltweites Netzwerk von Geheim- und Tarnorganisationen (Vereinte Nationen, UN-Sonder- und Unterorganisationen, Nichtregierungsorganisationen, zivilgesellschaftliche Interessenverbände usw.).

Der NWO-Moloch strebt hauptsächlich die Vermischung der Völker, Zerstörung der Familien, Schaffung von gleichgeschalteten und total überwachten Einheitsmenschen, rechtliche und wirtschaftliche Entrechtung der Menschen (Wiedereinführung der Sklaverei), Vernichtung der souveränen Nationalstaaten sowie die Installierung einer totalitären Welt diktatur an.

Der US-Diplomat Joseph Kennedy (1888-1969) berichtete am 26. Juli 1936 in der "New York Times" (x335/9): >>50 Leute regieren Amerika, und das ist eine großzügige Schätzung. ...<<
US-Präsident Franklin D. Roosevelt erklärte am 29. April 1938 während einer Rede vor dem US-Kongreß (x342/10): >>... Die erste Wahrheit ist, daß die Freiheit einer Demokratie nicht sicher ist, wenn das Volk das Wachstum privater Macht toleriert, bis sie stärker wird als ihr demokratischer Staat selbst. In seiner Essenz ist das Faschismus - der Besitz der Regierung durch eine Person, eine Gruppe oder durch irgendeine andere kontrollierende private Macht.<<

David Rockefeller (1915-2017, gründete 1973 mit Zbigniew Brzezinski und anderen die Geheimorganisation "Trilaterale Kommission") erklärte im Jahre 1994 vor dem UN-Wirtschaftsausschuß (x335/9): >>Wir stehen vor einer globalen Transformation. Alles, was wir brauchen, ist eine große Krise, und die Nationen werden die Neue Weltordnung akzeptieren. ...<<

Gehorsamer Erfüllungsgehilfe und williger Handlanger der Neuen Weltordnung: Franz von Papen

Der rechte Zentrumspolitiker Franz von Papen (Monarchist mit guten Beziehungen zur deutschen Industrie) wurde am 1. Juni 1932 durch Reichspräsident Hindenburg zum neuen deutschen Reichskanzler ernannt. Papen, der höchstens von 10 % der Reichstagsabgeordneten unterstützt wurde ("Kabinett der Barone"), regierte zwangsläufig nur mit Notverordnungen.

Reichskanzler Franz von Papen führte am 20. Juli 1932 einen gewaltsamen Staatsstreich (sogenannter "Preußenschlag") in Preußen durch, als er die preußische SPD-Landesregierung unter Ministerpräsident Otto Braun kurzerhand beseitigen bzw. absetzen ließ. Die Beseitigung der demokratischen preußischen Regierung und der pflichtbewußten Mitarbeiter der preußischen Verwaltung erleichterte der NSDAP zweifelsfrei die spätere "Machtergreifung".

Franz von Papen trat am 17. November 1932 mit seinem gesamten Kabinett zurück.

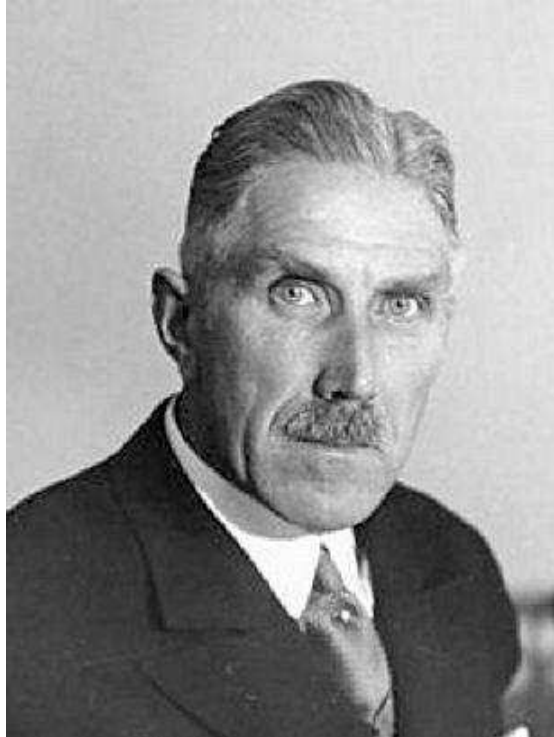


Abb. 63 (x017/2.859): Franz von Papen

Franz von Papen (1879-1969, 1920-1932 Abgeordneter der Zentrumsparlei im preußischen Landtag, 1923-1938 päpstlicher Geheimkämmerer, von Juni bis November 1932 Reichskanzler, ebnete 1933 Hitler den Weg zur Machtübernahme, 1933-1934 Vizekanzler, 1939-1944 Botschafter in der Türkei, 1946 im Nürnberger Prozeß freigesprochen).

Papen traf sich am 4. Januar 1933 mit Hitler im Haus des Bankiers Schröder in Köln, um über die Bildung einer gemeinsamen Regierung zu verhandeln (x054/209).

Der Kölner Bankier Freiherr Kurt von Schroeder berichtete später über dieses Gespräch vom 4. Januar 1933 (x243/38-39): >>... Papen (führte) aus, daß er (es) für das beste halte, eine Regierung zu formen, bei der die konservativen und nationalen Elemente ... zusammen mit den Nazis vertreten seien. Er schlug vor, daß diese neue Regierung womöglich von Hitler und von Papen zusammen geführt werden sollte. ...

Hitler ... sagte, daß, wenn er zum Kanzler ernannt würde, Anhänger von Papen als Minister an seiner (Hitlers) Regierung teilnehmen könnten. ... Er skizzierte Änderungen, einschließlich der Entfernung aller Sozialdemokraten, Kommunisten und Juden von führenden Stellungen in Deutschland. ...

Von Papen und Hitler erzielten keine prinzipielle Einigung. ...

Diese Zusammenkunft wurde von mir arrangiert, nachdem Papen mich ungefähr am 10. Dezember 1932 darum ersucht hatte. ... Bevor ich diesen Schritt unternahm, besprach ich mich mit einer Anzahl von Herren der Wirtschaft. ... Die allgemeinen Bestrebungen der Männer der Wirtschaft gingen dahin, einen starken Führer an die Macht kommen zu sehen, der eine Regierung bilden würde, die lange an der Macht bleiben würde. ...

Ein gemeinsames Interesse der Wirtschaft bestand in der Angst vor dem Bolschewismus und der Hoffnung, daß die Nationalsozialisten ... eine beständige politische und wirtschaftliche Grundlage in Deutschland herstellen würden. Ein weiteres gemeinsames Interesse war der Wunsch, Hitlers wirtschaftliches Programm in die Tat umzusetzen. ... Weiterhin erwartete man, daß eine wirtschaftliche Konjunktur durch das Vergeben von größeren Staatsaufträgen ... (entstehen) würde. ...

Zu erwähnen (sind) eine von Hitler projektierte Erhöhung der deutschen Wehrmacht ... auf 300.000 Mann, das Bauen von Reichsautobahnen und die Kredite, die der öffentlichen Hand ... gegeben werden sollten. Aufträge zur Verbesserung der Reichsbahn, und Förderung (von) Automobil- und Flugzeugbau. ...

Es war allgemein bekannt, daß einer der wichtigsten Programmpunkte Hitlers die Abschaffung des Vertrages von Versailles darstellte und die Wiederherstellung eines sowohl in militärischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht starken Deutschlands. Es war klar, daß in einem starken Deutschland auch die Wirtschaft aufblühen werde. ... Das wirtschaftliche Programm Hitlers war der Wirtschaft allgemein bekannt und wurde von ihr begrüßt. ...<<

Papen vertrat damals einflußreiche Unternehmer der Schwerindustrie, die nach Hitlers Machtübernahme kräftige Aufrüstungsmaßnahmen und "große Geschäfte" erwarteten. Obwohl Papen Hitlers radikale Absichten längst kannte, machte er seinen großen Einfluß gegenüber Hindenburg geltend, um Hitlers Ernennung durchzusetzen. Nach stundenlangen Gesprächen wurde der völlig erschöpfte Hindenburg schließlich am 29. Januar 1933 "überredet", Hitler zum Reichskanzler zu ernennen.

Franz von Papen erklärte damals (x243/44): >>Wir haben uns Herrn Hitler engagiert. ... Ich habe das Vertrauen Hindenburgs. In 2 Monaten haben wir Hitler in die Ecke gedrückt, daß er quietscht. ...<<

Als Reichspräsident Hindenburg den NSDAP-Führer Adolf Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannte, leitete Hindenburg gleichzeitig das Ende der deutschen Demokratie ein. Der Untergang der Weimarer Republik, die das deutsche Volk sicherlich in eine glückliche und würdige Zukunft geführt hätte, entwickelte sich für die Deutschen zur nationalen Tragödie und endete schließlich mit der gigantischen internationalen Katastrophe des Zweiten Weltkrieges.

NS-Vizekanzler Franz von Papen verhandelte später mit der katholischen Kirche über den Abschluß eines Konkordats. Am 20. Juli 1933 schlossen Papst Pius XI. und das NS-Regime in Rom ein feierliches Konkordat. In diesem Vertrag garantierte der NS-Staat der katholischen Kirche u.a. "die Freiheit des Bekenntnisses und die Ausübung der katholischen Religion". Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 26. März 1957 blieb das Konkordat für die Bundesrepublik Deutschland weiterhin gültig.

Franz von Papen wurde am 1. Oktober 1946 im Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozeß nach 403 öffentlichen Sitzungen freigesprochen!

Gehorsamer Erfüllungsgehilfe und williger Handlanger der Neuen Weltordnung: Adolf Hitler

Adolf Hitler (1889-1945, lebte bis 1912 als Gelegenheitsarbeiter und Zeichner in Wien, nahm als Gefreiter im deutschen Heer am Ersten Weltkrieg teil, nach dem gescheiterte Putsch in München vom 8./9.11.1923 zu 5 Jahren Festungshaft verurteilt, bereits im Dezember 1924 aus der Haft entlassen, erhielt am 25. Februar 1932 nach mehreren vergeblichen Versuchen die deutsche Staatsbürgerschaft, wurde am 30.1.1933 von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt).



Abb. 65 (x296/129): Hitler begrüßt Hindenburg am 21.03.1933 bei einem Staatsakt in Potsdam.

Hitler, der nachweislich jahrelang durch zahlreiche ausländische Förderer, wie z.B. durch das New Yorker Bankhaus Kuhn, Loeb & Co., und durch zahlreiche US-Großindustrielle finanziell unterstützt wurde, enttäuschte seine NWO-Geldgeber nicht. Hitlers riskanten Revisionen, um nicht haltbare, vorsätzliche Ungerechtigkeiten des Versailler Vertrages zu beseitigen, führten zwangsläufig zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges bzw. zur Fortsetzung des 2. Dreißigjährigen Krieges.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner schrieb später über die finanzielle Unterstützung der NSDAP durch US-Banken (x068/219-220): >>>Die Wallstreet kauft Hitler

Es waren dieselben Wallstreet-Kreise, die schon 1917 die bolschewistische Revolution finanziert hatten, die auch Hitler beisprangen, in der einzigen Absicht, seine Machtergreifung, seine Aufrüstung sowie den nächsten Weltkrieg zu ermöglichen und damit für sie selbst noch riesigere Gewinne als im letzten. Dieselben Wallstreet-Kreise übrigens, die nach 1945 auch den Kalten Krieg schürten und die großen Nutznießer der Remilitarisierung der deutschen Bundesrepublik wurden.

Treffend resümiert der Amerikaner H. R. Knickerbocker in seinem Buch "Deutschland So oder So?" die Lage in Europa im Jahr 1932: "Die amerikanischen Investitionen auf dem europäischen Kontinent sind in einem Schlachtfeld angelegt".

Und eine von Henry Ford tradierte Äußerung Paul Warburgs vor einem Senatsausschuß besagt, "daß es zur jüdischen Politik - vielleicht zu der großer Finanz-Firmen im Allgemeinen - gehört, auf alle Parteien zu setzen, so daß ihre Interessen auf jeden Fall gesichert sind, gleich-

viel welche Partei obenauf kommt".

Man hat die Summe, mit der Adolf Hitler gekauft worden ist, um den Zweiten Weltkrieg zu inszenieren, auf etwa eineinhalb Milliarden Mark, nach heutiger Kaufkraft, geschätzt. So fragwürdig diese Bezifferung sein mag - feststeht, daß Hitler nicht nur der Erfüllungsgehilfe der deutschen Industrie gewesen ist. Und wenn diese Industrie, wie seit langem erwiesen, doch längst nicht jedermann bekannt, selbst während des Ersten Weltkrieges - mit Wissen der obersten deutschen Behörden! - auch die Feindstaaten beliefert hat - die Firma Thyssen, die dann auch Hitler mitfinanzierte, gelegentlich sogar fast halb so billig wie die eigene deutsche Heeresverwaltung.

Warum sollten amerikanische Banken nicht Hitler finanzieren, noch dazu im Frieden?

So "hausgemacht", so ein Produkt bloß deutschen Mistes, wie immer wieder hingestellt, ist Hitler nicht gewesen.

Man sollte den überragenden Einfluß des Geldes, das doch nach einem ebenso alten wie zutreffenden Gemeinplatz die Welt regiert, nicht ausgerechnet auf Politik und Geschichte geringer veranschlagen, als es ihm zukommt. Wobei es keine so große Rolle spielt, ob die Regierenden etwas von Geld verstehen, aber eine große Rolle, die größte, ob sie Geld haben, wieviel, woher und wofür.

"Die Vereinigten Staaten", schreibt Henry Ford, "haben noch nie einen Präsidenten gehabt, der etwas von Geldsachen verstanden hätte, sie mußten ihren Rat in solchen Dingen stets bei den Geldleuten holen. Geld ist das verbreitetste Gut, wird am meisten verwaltet und regiert; und doch hat die Regierung nichts damit zu tun, außer wenn sie, wie das Volk, gezwungen ist, es sich von denen zu verschaffen, die es beherrschen".

Seit der Antike war es üblich, die Völker durch Aufrüstung und Kriege auszunehmen, sie symbolisch und faktisch bluten zu lassen. Der Bankexperte O. M. Blessing will von Konstantin, dem ersten christlichen Kaiser, bis zum Zweiten Weltkrieg 815 Großkriege gezählt haben mit anschließender erbarmungsloser Schröpfung der Überlebenden "durch inflationäre Währungsreformen".

Und während des ganzen 20. Jahrhunderts schürte die gewaltigste Hydra internationaler Finanzmacht die zwischen diversen Staaten schwelenden Konflikte und hetzte die von ihr mehr oder weniger gegängelten und dann mehr oder weniger gebeutelten und gewürgten Gegner aufeinander, verursachte sie Kriege mit, einzig und allein, um durch ihre eiskalt abgewogenen mörderischen Einsätze noch mehr zu gewinnen, mehr Macht noch und noch mehr Geld. ...<< Hitler blieb während des Zweiten Weltkrieges bis zur totalen Niederlage ein uneinsichtiger Fanatiker, der seine "strategischen Vorstellungen" ohne Rücksicht auf Verluste durchsetzte. Hitlers unsinnige "Haltetaktik" und laienhafte Fehleinschätzungen brachten letzten Endes Tod und Verderben über das gesamte deutsche Heer. Die Führerbefehle verursachten ständig militärische Katastrophen:

Ogleich die schnellen deutschen Panzertruppen während des Westkrieges unaufhaltsam in Richtung französische Kanalküste vorstießen, befahl Hitler am 24. Mai 1940 den überlegenen deutschen Panzertruppen, die erfolgreiche Offensive tagelang zu unterbrechen.

Generaloberst Guderian schrieb später über Hitlers Fehlentscheidung (x138/54): >>Wir waren sprachlos! ...<<

Hitlers "Halt-Befehl" ermöglichte damals nachweislich die Evakuierung des vollständig geschlagenen britisch-französischen Heeres. Vom 27. Mai bis zum 4. Juni 1940 konnten über 215.000 Briten und 123.000 Franzosen mit Schiffen aus Dünkirchen abtransportiert werden ("Wunder von Dünkirchen").

Wider den Rat seiner erfahrenen Heerführer opferte Hitler später leichtfertig komplette Armeen. In Stalingrad (1942/43), Nordafrika (1943), Weißrußland (1944), Rumänien (1944), Ostpolen und im Baltikum (1945) richteten Hitlers Fehler vernichtende Niederlagen an, bei

denen der "Führer" mindestens 100 deutsche Divisionen in den sicheren Tod hetzen ließ (x076/228).

Vom 22. Juni bis zum 8. Juli 1944 wurden in Weißrußland 28 Divisionen der deutschen "Heeresgruppe Mitte" (Generalfeldmarschall Busch) fast vollständig zertrümmert. Rd. 350.000 deutsche Soldaten fielen oder galten danach als vermißt (x040/221). Gegen diese verheerende Katastrophe, die Hitler zweifellos verschuldet hatte, war die verlustreiche Kesselschlacht im weitentfernten Stalingrad geradezu "unbedeutend". Im Jahre 1942/43 hatte die Vernichtungsschlacht um Stalingrad "nur" rd. 125.000 Tote und 91.000 Kriegsgefangene (nach sowjetischen Angaben rd. 130.000 Kriegsgefangene) gefordert (x040/160, x041/129).

Hitler beabsichtigte, sein eigenes Leben so teuer wie möglich zu verkaufen. Die Tatsache, daß der Preis zwangsläufig das Leben, die Gesundheit und die Ehre sowie das Vermögen des deutschen Volkes war, entsprach Hitlers Vernichtungsplänen (x054/230).

Am 19. März 1945 erließ Hitler den Befehl "Verbrannte Erde" bzw. den sog. "Nero-Befehl" (x040/272). Danach waren alle militärischen Verkehrs-, Nachrichten-, Industrie- und Versorgungsanlagen sowie Sachwerte, die sich der Feind innerhalb des Reichsgebietes nutzbar machen konnte, zu zerstören. Nachdem Stalin diese Taktik der "verbrannten Erde" bereits während der sowjetischen Rückzugsschlachten 1941/42 angeordnet hatte, befahl Hitler jetzt ähnliche Vernichtungsaktionen. Die deutschen Reichsgebiete sollten ausnahmslos in Trümmerwüsten verwandelt werden. Albert Speer (Hitlers Chefarchitekt) lehnte diese Zerstörungsmaßnahmen ("Nero-Befehl") jedoch entschieden ab, weil er die Lebensbasis des Volkes nicht vorsätzlich vernichten wollte.

Hitler, der nach wie vor keinen Widerspruch duldete, erwiderte daraufhin in eisigem Ton (x069/193-194): >>Es ist nicht notwendig, auf die Grundlagen, die das Volk zu einem primitiven Weiterleben braucht, Rücksicht zu nehmen. Im Gegenteil, es ist besser, selbst diese Dinge zu zerstören, denn das Volk hat sich als das schwächere erwiesen und dem stärkeren Ostvolk gehöre dann ausschließlich die Zukunft. Was nach dem Kampf übrigbleibt, sind ohnehin nur die Minderwertigen, denn die Guten sind gefallen. ...<<

Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges kamen schließlich mindestens 55 Millionen um, darunter waren etwa 5,9 Millionen deutsche Soldaten und 8,0 Millionen deutsche Zivilisten.

Gehorsamer Erfüllungsgehilfe und williger Handlanger der Neuen Weltordnung: Willy Brandt

Willy Brandt (1913-1992, eigentlicher Name: Herbert Ernst Karl Frahm, deutscher Journalist, emigrierte 1933 nach Dänemark und später nach Norwegen, 1957-1966 Regierender Bürgermeister von Berlin, 1964-1987 SPD-Vorsitzender, 1966-1969 Vizekanzler und Außenminister, 1969-1974 Bundeskanzler, erhielt 1971 den Friedensnobelpreis, 1974 Rücktritt wegen einer Spionageaffäre, 1976-1992 Präsident der Sozialistischen Internationale).

Am 22. Oktober 1969 bildete Bundeskanzler Willy Brandt eine Koalitionsregierung aus SPD und FDP. Im Rahmen seiner "neuen Ostpolitik" verzichtete Bundeskanzler Brandt auf den Bundesminister für deutsche Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. Nach dem Motto "mehr Demokratie wagen", führte Brandt einen innen- und außenpolitischen Politikwechsel durch. In der Ostpolitik verfolgte er den umstrittenen "Wandel durch Annäherung".



Abb. 84 (x101/81): Ein Bild, das um die Welt ging: Der Kniefall Bundeskanzler Brandts vor dem Mahnmal im Warschauer Getto am 7. Dezember 1970.

Brandts Außenpolitik führte zur (wenn auch nicht völkerrechtlichen) Anerkennung der Oder-Neiße-Linie. Bundeskanzler Brandt unterzeichnete am 7. Dezember 1970 den "Warschauer Vertrag". Brandts Kniefall vor dem Mahnmal im Warschauer Getto am 7. Dezember 1970 "ging damals um die Welt". Die Verträge von Moskau und Warschau und leiteten schließlich langfristig die Osterweiterung der NATO und EU ein.

Das US-Magazin "TIME" wählte Willy Brandt im Jahre 1970 zur "Person des Jahres". Brandt erhielt 1971 den Friedensnobelpreis und 1981 die Goldmedaille der jüdischen Freimaurerloge B'nai B'rith.

Die "Süddeutsche Zeitung" berichtete später (am 10.06.2016) über Willy Brandt: >>Willy Brandt und die geheimen Zahlungen der USA

... Die US-Besatzungsmacht soll in den 50er Jahren den späteren SPD-Kanzler unterstützt

haben - mit 200.000 Mark. Damit förderten sie die Westorientierung, berichtet der "Spiegel". Die USA sollen Willy Brandt in den Fünfzigerjahren mit geheimen Zahlungen unterstützt haben. Der spätere Kanzler und SPD-Vorsitzende wurde damit im innerparteilichen Machtkampf für die Westintegration unterstützt, berichtet das Nachrichtenmagazin Der "Spiegel". So sollen die Amerikaner Brandt, der damals Westberliner Bundestagsabgeordneter war, 200.000 Mark zukommen haben lassen. Damals eine sehr hohe Summe, sie entsprach etwa einem Drittel der jährlichen SPD-Mitgliedsbeiträge in Berlin.

Später sei noch mehr Geld geflossen, schreibt der "Spiegel". Schon in den 70er Jahren kursierten Gerüchte um geheime Zahlungen der USA an Brandt - er wies dies als "lügenhafte Kampagne" zurück. Nun sei laut dem Magazin belegt, daß tatsächlich Geld floß. Das gehe aus Archivunterlagen hervor.

Die US-Besatzungsmacht förderte Brandt finanziell, weil er in der SPD die Westintegration und damit die Orientierung der jungen Bundesrepublik hin zur USA befürwortete. Er gehörte damit einer Gruppe Berliner Sozialdemokraten um den Bürgermeister Ernst Reuter an. Die Westintegration, also die politische und militärische Eingliederung Deutschlands in die Allianz westeuropäischer Staaten mit den USA, wurde damals von CDU-Bundeskanzler Konrad Adenauer forciert. ...<<

Gehorsamer Erfüllungsgehilfe und williger Handlanger der Neuen Weltordnung: Helmut Kohl



Abb. 88 (x315/160): Francois Mitterrand und Helmut Kohl (rechts) reichen sich am 22. September 1984 über den Gräbern von Verdun die Hand.

Helmut Kohl (1930-2017, deutscher CDU-Politiker, 1969-1976 Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz, 1976-2002 Mitglied des Bundestages, 1973-1998 Bundesvorsitzender der CDU, 1982-1998 Bundeskanzler, setzte sich 1989/90 für die zügige Verwirklichung der Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands ein: lehnte eigenmächtig die angebotene Rückgabe Ostdeutschlands ab und akzeptierte die französische Forderung, die deutsche DM-Währung abzuschaffen, erhielt 1996 die Goldmedaille der jüdischen Freimaurerloge B'nai B'rith, 1999/2000 Mittelpunkt einer Finanz- und Parteispendenaffäre, im Februar 2001 wurde ein Ermittlungsverfahren wegen "geringer Schuld" gegen Zahlung einer Geldbuße in Höhe von 300.000 DM eingestellt).

Helmut Kohl förderte während seiner Kanzlerschaft (ab 1982) frühzeitig die Bildung eines EU-Einheitsstaates und damit die Abschaffung des deutschen Nationalstaates. Am 19. Juni 1983 beschlossen die Staats- und Regierungschefs der zehn EG-Mitgliedstaaten, eine Europäische Union zu gründen. In Maastricht schloß man am 11. Dezember 1991 einen Vertrag über den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ausbau zur Europäischen Union mit einer

einheitlichen stabilen Währung. Für Bundeskanzler Helmut Kohl war der Maastricht-Vertrag angeblich eine Entscheidung über Krieg oder Frieden im nächsten Jahrhundert.

Der Maastrichter Vertrag trat am 1. November 1993 in Kraft. Dieses völkerrechtlich bindende Abkommen leitete die bisher weitreichendste Reform der Europäischen Union ein. Danach begann allmählich die Übertragung von deutschen Souveränitätsrechten an die Europäische Union (EU) nach Brüssel. Die staatlichen Kompetenzen der Nationalstaaten wurden systematisch reduziert, um die Nationalstaaten abzuschaffen und die Europäische Union in einen zentralistischen Bundesstaat nach dem Vorbild der ehemaligen UdSSR umzuwandeln. Großbritannien widersetzte sich damals energisch den EU-Plänen, einen föderalen europäischen Bundesstaat zu errichten.

Bundeskanzler Kohl lehnte während der sogenannten "Zwei-plus-Vier-Verhandlungen" im Jahre 1990 eigenmächtig die angebotene Rückgabe Ostdeutschlands ab. Da der französische Ministerpräsident Mitterrand für seine Zustimmung zur Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands die Einführung des Euros und die Einbindung Deutschlands in einen europäischen Währungsverbund verlangte, opferte Bundeskanzler Helmut Kohl angeblich zur Wahrung nationaler Interessen im Jahre 1990 wesentliche Teile der mühsam erreichten deutschen Teil-Souveränität.

Bundeskanzler Kohl und der französische Ministerpräsident Mitterrand bildeten später den sogenannten "deutsch-französischen Motor" innerhalb der EU und setzten die Einführung einer gemeinsamen Währung durch, die schließlich 1991 im Maastricht-Vertrag beschlossen wurde. Der Europäische Rat bestätigte am 15./16. Dezember 1995 in Madrid die Einführung der einheitlichen Währung "Euro" zum 1. Januar 1999. Der Euro konnte bis 2002 nur im bargeldlosen Zahlungsverkehr genutzt werden. Die auf nationale Währung lautenden Scheine und Münzen blieben bis 2002 im Umlauf.

Im Verlauf der Privatisierung von mitteldeutschen Staatsunternehmen verdichteten sich seit 1999 die Hinweise, daß Bundeskanzler Kohl u.a. dem Investorenkonsortium von Elf-Aquitaine und Thyssen unzulässig hohe Subventionen gewährt hätte. "Die Zeit" erklärte damals zum Beispiel, es seien über die Liechtensteiner Firma Noblepac beim Verkauf der mitteldeutschen Leuna-Raffinerie an den französischen Ölkonzern "Elf-Aquitaine" rund 75 Millionen Mark an "deutsche Parteien" geflossen. Der französische Ministerpräsident Mitterrand soll demnach persönlich angeordnet haben, der CDU über den Ölkonzern Elf Aquitaine Geld zukommen zu lassen - die Rede war von 30 Millionen Mark CDU-Wahlkampfhilfe "für Europa".

Bundeskanzler Kohl, der damals auch CDU-Parteichef war, verfügte jahrelang über diverse "Schwarze Kassen", um in allen CDU-Landesverbänden "unbürokratisch" zu helfen.

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 26. Januar 2000: >>**Eine Europa-Verbindung in ganz neuem Licht**

Selbst Francois Mitterands Widerstand gegen die deutsche Vereinigung konnte seine Freundschaft zu Helmut Kohl nicht trüben. Die beiden Politiker, die 14 beziehungsweise 16 Jahre an der Spitze ihres jeweiligen Landes standen, verband eine enge Beziehung. Ging die Freundschaft so weit, daß der damalige französische Staatspräsident Kohl 1994 seine Wiederwahl zum Kanzler sichern wollte? Entsprechende Berichte der ARD und France 2 machen in Frankreich Schlagzeilen. Offiziell allerdings heißt es in Paris:

Kein Kommentar.

Den beiden Fernsehanstalten zufolge soll Mitterrand persönlich angeordnet haben, der CDU über den Ölkonzern Elf Aquitaine Geld zukommen zu lassen - die Rede ist von 30 Millionen Mark. Ein Vertrauter des 1996 gestorbenen ehemaligen Präsidenten wird mit den Worten zitiert, es habe sich dabei ausdrücklich um CDU-Wahlkampfhilfe gehandelt, "für Europa".

Tatsächlich zogen Kohl und Mitterrand vor allem, wenn es um europäische Fragen ging, an

einem Strang. Sie bildeten den sogenannten "deutsch-französischen Motor" innerhalb der EU und lancierten die Einführung einer gemeinsamen Währung, die schließlich 1991 im Maastricht-Vertrag beschlossen wurde. ...

Aus Pariser Justizkreisen verlautete, bislang gebe es keinerlei Hinweise auf verdeckte Wahlkampfhilfe für die CDU via Elf-Aquitaine. Der frühere staatliche Ölkonzern ist in diverse Korruptionsskandale verwickelt; es wurden bereits mehrere Ermittlungsverfahren eingeleitet. Die beiden für das Elf-Dossier zuständigen Untersuchungsrichterinnen Eva Joly und Laurence Vichnievsky beschäftigen sich seit 1997 auch mit dem Leuna-Geschäft - in diesem Zusammenhang soll das Geld an die CDU weitergeleitet worden sein. ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 25. Mai 2014 über den deutschen CDU-Politiker Helmut Kohl, von 1982-1998 Bundeskanzler: >>... Dem "großen Europäer" Helmut Kohl hielt Frederick Forsyth 1997 vor, er habe in einer Rede vor Studenten erklärt, den Deutschen sei nicht zu trauen, weshalb die "europäischen Freunde" sie fesseln und wirtschaftlich anbinden sollten, damit sie sich nie wieder losreißen und einen europäischen Krieg anzetteln könnten. ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 21. Oktober 2016: >>**Deutschland läßt sich aussaugen**

Schlimmer als Versailles: Was in der Nachkriegszeit noch Zwang war, geschieht heute freiwillig - wir sind Goldesel und Zahlmeister für andere

... Die D-Mark aufzugeben und die deutsche Bundesbank zu entmachten bezeichnet Bandulet als "größten Fehler der deutschen Nachkriegsgeschichte". ...<<

Gehorsame Erfüllungsgehilfin und willige Handlangerin der Neuen Weltordnung: Angela Merkel



Abb. 87 (x323/6): Angela Merkel als Frauenministerin im Dritten Kabinett Kohl (1991).

Angela Merkel (ab 1990 Pressesprecherin des DA-Vorsitzenden und MfS-Mitarbeiters Wolfgang Schnur, seit März 1990 stellvertretende Regierungssprecherin der Ost-CDU, 1991-1994 Bundesministerin für Frauen und Jugend; 1994-1998 Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, 1998-2000 CDU-Generalsekretärin, 1999 spielte "Kohls Mädchen" während der CDU-Finanz- und Parteispendenaffäre die Rolle der rückhaltlosen Aufklärerin, da sie nicht mit dem Spendenskandal der "Patriarchen" Kohl, Schäuble u.a. in Verbindung gebracht werden konnte, Merkel forderte z.B. am 22.12.1999 in der FAZ die CDU auf, sich von Kohl zu trennen, 2000-2018 CDU-Bundesvorsitzende, nahm im Mai 2005 am "Bildberger-Treffen" in Rottach-Egern teil, seit Herbst 2005 erste Bundeskanzlerin Deutschlands, erhielt 2008 die Goldmedaille der jüdischen Freimaurerloge B'nai B'rith).

Im Verlauf des schwersten Erdbebens in der Geschichte Japans überflutete am 11. März 2011 ein Tsunami (durch Seebeben erzeugte Flutwelle) große Gebiete der japanischen Nordostküste. Im Kernkraftwerk Fukushima Daiichi ereignete sich aufgrund dieser Flutwelle ein Super-GAU.

Nach dieser Atomkatastrophe im japanischen Fukushima entschied sich Bundeskanzlerin Merkel für eine Kehrtwende in der deutschen Atompolitik. Am 30. Juni 2011 beschloß der deutsche Bundestag den Atomausstieg und die sogenannte Energiewende (Abschaltung aller 19 deutschen Kernkraftwerke - die wohl gemerkt derzeit sichersten aller weltweit in Betrieb befindlichen 473 Kernkraftwerke - bis zum Jahr 2022).

Im Jahre 2015 gab die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel (ohne Zustimmung des Bundestages) das "große Willkommenssignal". Daraufhin kamen mindestens 1,1 Millionen Flüchtlinge und Migranten unkontrolliert und nicht registriert nach Deutschland. Bei diesen angeblich politisch Verfolgten (gemäß Grundgesetz Artikel 16a), Kriegsflüchtlingen (gemäß Genfer Konvention) und Wirtschaftsmigranten handelte es sich hauptsächlich um muslimi-

sche Männer, vor allem aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie den Maghrebstaaten (Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen) und der Sahelzone (u.a. Nigeria und Eritrea).

Wer es wagte, diese selbstmörderische "Asylpolitik" bzw. den Anfang einer systematischen Umvolkung zu kritisieren, wurde durch die Meinungsmedien sofort als Nazi beschimpft und ausgegrenzt. Kanzlerin Angela Merkel beschloß praktisch im Alleingang, mindestens 1,1 Millionen Flüchtlinge und Migranten ins Land zu holen.

Das US-Magazin "TIME" wählte Angela Merkel im Dezember 2015 zur "Person des Jahres" (x323/43).

Infolge der illegalen Masseneinwanderung aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie Afrika explodierten nachweislich die "asylbedingten Kosten". Allein für 2016/17 ging das Bundesfinanzministerium von etwa 43 Milliarden Euro aus. Diese "asylbedingten Kosten" sind zukünftig jährlich von den deutschen Steuerzahlern aufzubringen. Im Jahre 2017 stellte Bundeskanzlerin Merkel ("Wir schaffen das ...") vor der Bundestagswahl nochmals klar, daß es mit ihr keine Obergrenze für Flüchtlinge geben wird und weiterhin ein verstärkter Familiennachzug erfolgen sollte.

Die von Bundeskanzlerin Merkel angeordneten politischen Destabilisierungsmaßnahmen (Beispiele: Beseitigung der bisherigen stabilen Stromversorgungssicherheit durch die sog. Energiewende, unbegrenzter Ankauf von Staatsanleihen der angeschlagenen Euro-Staaten gemäß ESM-Vertrag, Masseninvasion von Migranten infolge der illegalen Grenzöffnung im Jahre 2015) dienten nicht dem Wohle des deutschen Volkes und fügten der Bundesrepublik Deutschland gigantische Schäden zu.

Die arglistig durch die eigene Regierung eingeleiteten Destabilisierungsmaßnahmen werden die staatlichen Institutionen und den deutschen Industriestandort unweigerlich komplett ruinieren sowie die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen der Bundesrepublik Deutschland und letzten Endes das gesamte Land unaufhaltsam zerstören.

Bundeskanzlerin Merkel leitete zum Teil ohne Zustimmung des Bundestages eigenmächtig u.a. folgende katastrophalen Destabilisierungsmaßnahmen ein:

Beschluß vom 30. Juni 2011 über den Atomausstieg bzw. die sog. Energiewende (systematische Zerstörung der bisherigen stabilen Stromversorgung).

Aussetzung der Wehrpflicht ab 1. Juli 2011 und Reduzierung der Streitkräfte von 330.000 auf 180.000 Soldaten (Zerstörung der bisherigen Verteidigungsfähigkeit).

Ratifizierung des ESM-Vertrages (unbegrenzter Ankauf von Staatsanleihen der angeschlagenen Euro-Staaten) im Jahre 2012.

Grenzöffnung im Jahre 2015 (Masseninvasion von mindestens 1,1 Millionen Migranten aus dem Mittleren Orient und aus Afrika).

Unterzeichnung des umstrittenen UN-Migrationspaktes ("Global Compact for Migration") im Jahre 2018.

Starrsinnige Durchsetzung der "WHO-Corona-Notverordnungen" (seit März 2020 wurden in Deutschland u.a. ungezählte ökonomische Existenzen zerstört und wesentliche demokratische Grundrechte außer Kraft gesetzt).

Nichts wissen ist keine Schande, wohl aber, nichts lernen wollen. Marcus Porcius Cato (234-149 vor Christus, römischer Politiker)
--